DIE WELT

11. Jun. 2014, 14:05
Diesen Artikel finden Sie online unter
http://www.welt.de/128247128

21.05.14 | **Kaum Steuerlast**

Wie Starbucks den deutschen Staat austrickst

Die Umsätze des Kaffee-Riesen in Deutschland steigen. Der Staat aber hat wenig davon. Denn wie viele internationale Konzerne nutzt Starbucks eine Reihe gewiefter Tricks, um Steuern zu sparen. *Von Marcel Leubecher*

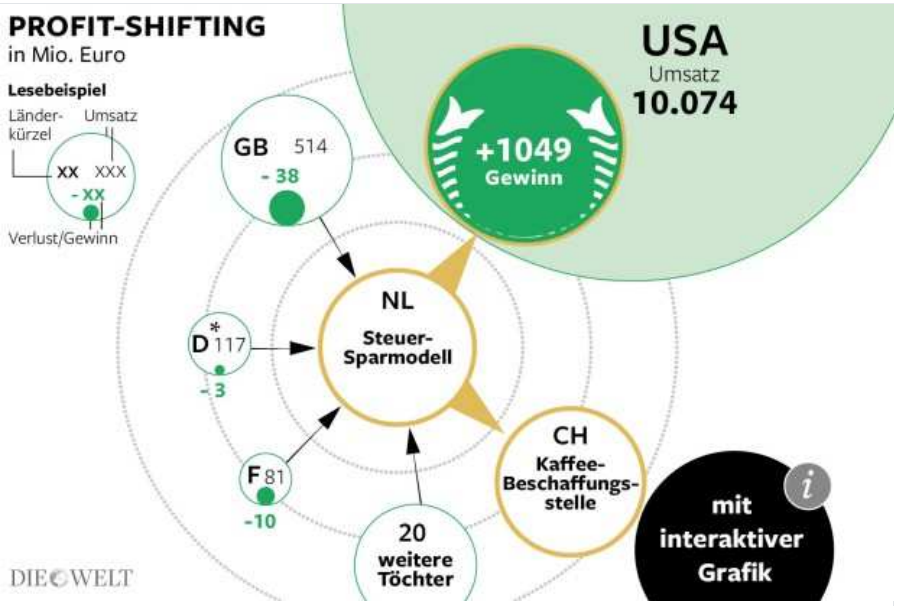

Foto: Infografik die Welt

Starbucks (Link: http://www.welt.de/boerse/aktien/Starbucks-Corp-US8552441094.html) ist irgendwie cooler als die anderen Cafés", sagt Jenni K., 29 Jahre alt und Grundschullehrerin, als sie aus einem überfüllten Frankfurter Coffeeshop kommt.

"Es ist erstens superlecker und zweitens Fairtrade. Da zahle ich auch gerne meine 4,60 Euro für einen Latte macchiato." Und ein früherer Filialleiter sagt: "Wenn ein neuer Starbucks aufmacht, stehen da Schlangen, wie sonst nur vor den Apple (Link: http://www.welt.de/boerse/aktien/Apple-Inc-US0378331005.html) -Läden, wenn das neue i-Phone kommt."

Der Global Player aus Seattle hat ein schönes Image kreiert: etwas teurer, dafür fair und cool. Da passt es nicht ganz ins Bild, dass die weltgrößte Kaffeekette, Jahresumsatz 15 Milliarden Dollar, in Deutschland in den Jahren 2005 bis 2011 kaum Ertragssteuer gezahlt hat.

Für die Zeit danach liegen bisher keine Geschäftsberichte vor. Obwohl Starbucks inzwischen 160 Läden betreibt, war Deutschland ein Minusgeschäft. Kenner bezweifeln aber, dass das so stimmt. Recherchen der "Welt" legen nahe, dass Starbucks mit einer Reihe von Tricks seine Einnahmen quer durch Europa verschiebt, um Steuern zu sparen.

Europas Staaten entgehen eine Billion Euro

Starbucks darf sich also angesprochen fühlen, wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) über die Steuermoral der internationalen Konzerne klagt, über Firmen wie Ikea, Apple oder Google (Link: http://www.welt.de/boerse/aktien/Google-Inc-US38259P5089.html) : "Die Früchte der Globalisierung müssen gerecht verteilt werden", sagt Schäuble. Es dürfe nicht sein, dass

"multinationale Unternehmen Gewinne künstlich verlagern können und so keinen fairen Beitrag zum Steueraufkommen unserer Staaten leisten."

Deutschland entgehen jedes Jahr nach OECD-Berechnungen rund 160 Milliarden Euro, weil Bürger und Firmen Steuern vermeiden. In der EU insgesamt soll es eine Billion sein.

Die Firmen tricksen, aber sie tun in der Regel nichts Illegales. Die Regierungen bieten ihnen Schlupflöcher. Und sie schaffen es nicht, ihre Gesetze abzustimmen und die Löcher zu schließen.

Amazon (Link: http://www.welt.de/boerse/aktien/Amazoncom-Inc-US0231351067.html) zahlt nur 3,2 Millionen Euro Steuern

Die Konzerne ihrerseits beschäftigen Heerscharen von Fachleuten, die immer raffiniertere Strategien austüfteln, Steuern zu minimieren. So zahlt Apple, einer der größten Konzerne weltweit, den eigenen Jahresberichten zufolge auf die außerhalb der USA erwirtschafteten Gewinne nur rund zwei Prozent Steuern.

Google drückt seine Auslandssteuer auf fünf Prozent. Und Amazon zahlte laut Bundesanzeiger in Deutschland nur 3,2 Millionen Euro Steuern. Zum Vergleich: Der Umsatz ist fast 2500-mal so hoch.

Wie funktioniert das, so hohe Erträge, aber so wenig Steuern? Die Zahlen der Unternehmen sind in der Regel testiert. Die Frage ist, wie sie zustande kommen.

Martin Kahl* ist einer derjenigen, der die Geschichte von Starbucks' darbendem Geschäft in Deutschland anzweifelt. Er hat drei Jahre lang selbst einen Starbucks-Coffeeshop in Norddeutschland geleitet. Aus eigener Erfahrung und Gesprächen mit anderen Store-Managern wisse er: "Ein Starbucks läuft immer gut."

Die Steuertricks vor dem Parlament verteidigt

Und ein anderer früherer Filialleiter sagt: "Von oben kam immer die Direktive: Macht mehr Umsatz, wir schreiben rote Zahlen! Dabei war offensichtlich, dass das nur daran liegen kann, dass sie die Einnahmen aus Deutschland irgendwohin schieben."

Als Medien vor zwei Jahren berichteten, dass Starbucks in England über die Jahre zwar 3,1 Milliarden Pfund Umsatz gemacht, aber nur 8,6 Millionen Pfund Unternehmenssteuern gezahlt hatte – da tobte die Insel. Auf dem Höhepunkt der Proteste musste der damalige Finanzvorstand Troy Alstead mit Vertretern von Google und Amazon im Parlament antreten, um sich von Abgeordneten des Unterhauses wegen der offensichtlichen Steuertricks zu rechtfertigen.

Starbucks versprach, interne Geldabflüsse aus Großbritannien zu minimieren, und stellte für 2013 und 2014 jeweils 10 Millionen Pfund Unternehmenssteuern in Aussicht. Im April kündigte Starbucks zudem an: Die Europazentrale solle noch in diesem Jahr nach London verlagert (Link: http://www.welt.de/127014821) werden.

Konkurrenten müssen 30 Prozent abgeben

Dadurch würden künftig "mehr Steuern in Großbritannien und etwas weniger in den Niederlanden" anfallen. Auf Fragen dazu, wie die Pläne denn konkret aussehen, teilt Starbucks nun mit, künftig Lizenzgebühren in Großbritannien zu versteuern. Bisher sei allerdings nur der Umzug von fünf Mitarbeitern geplant. Das lässt den vermeintlichen Kniefall vor den Briten doch eher wie eine geschickte PR-Inszenierung aussehen.

In Deutschland gibt es nicht einmal das. Während nationale Kaffeehausketten und kleine Cafés bis zu 30 Prozent ihrer Gewinne an den Staat abgeben, hat Starbucks mit einem auch für Steuerbehörden kaum zu durchdringenden Geflecht aus Holdings und Tochtergesellschaften einen Weg geschaffen, kaum Steuern zu zahlen.

Die Konkurrenten fordern die Politik auf, endlich etwas zu tun. "Wir müssen unseren Gewinn versteuern, und Starbucks kann sich dem entziehen, indem es Einnahmen ins Ausland

verschiebt", sagt Stefan Tewes, Gründer von Coffee Fellows, der zweitgrößten Café-Kette in Deutschland.

Auf der Spur der Starbucks-Millionen

Zwar hat kürzlich Baden-Württemberg die Bundesregierung aufgefordert, endlich die Steuerschlupflöcher für die internationalen Riesen zu stopfen, und eine Bundesratsinitiative angekündigt. Aber das ist nicht viel mehr als ein verzweifelter Hilferuf.

Die Firmen selbst hüten sich üblicherweise, Einblicke in ihre Tricks zu geben. Starbucks ist da keine Ausnahme. Die "Welt" hat sich deshalb auf die Spur des Kaffeegeldes begeben. Die Einkünfte aus den Coffeeshops gehen innerhalb des Firmengeflechts auf Wanderschaft. Sie landen am Ende dort, wo wenig oder keine Steuern mehr anfallen.

Trick 1: Lizenzzahlungen in die Niederlande

Wer Steueroase hört, denkt gewöhnlich an Inseln mit weitem Sandstrand, Palmen, Yachthäfen und vielen Briefkästen. Unser westliches Nachbarland hat in diesem Zusammenhang kaum jemand auf dem Plan.

Dabei machen die Niederlande multinationalen Unternehmen ein unwiderstehliches Angebot: Sonderregeln für ausländische Lizenzzahlungen. Das erklärt, warum auch Starbucks in Amsterdam stark vertreten ist. Dort sitzen zwei Firmen, die Rösterei und die Europazentrale.

Das Hauptquartier erhebt von Starbucks-Cafés in Europa eine Lizenzgebühr von sechs Prozent des gesamten Umsatzes. Ausnahme: England – seit den Protesten. Das heißt, von jedem Kaffee, jedem Stück Kuchen, jedem Latte macchiato, den Starbucks anderswo in Europa verkauft, fließt ein Anteil nach Holland.

Neue Filialen zahlen erst einmal 25.000 Euro

Es spielt dafür keine Rolle, ob Starbucks die Läden selbst betreibt oder ob Lizenznehmer das tun. Der Charme, den dieses Modell für Starbucks hat, liegt auf der Hand: Es fließt möglichst viel Geld nach Amsterdam, wo kaum Steuern anfallen.

Welche Leistung die Europazentrale für die Lizenzgebühr genau erbringt, bleibt unklar. Pressesprecherin Meredith Bell sagt nur, es handele sich um eine Sammelgebühr für Store-Design, Produktentwicklung und Markenrechte, unter anderem. Außerdem muss offenbar jede neu eröffnete Filiale einmalig etwa 25.000 Euro zahlen – wohl für das Store-Design.

Sprecherin Bell dementiert das auf Nachfrage nicht. Eine nähere Aufgliederung der Kosten lehnt Starbucks aber ab. Die Gebühren in Höhe von sechs Prozent des Umsatzes seien branchenüblich und zu rechtfertigen.

Zwar erheben andere Gastronomie-Ketten auch Lizenzgebühren. Wie viel, das hängt davon ab, wie komplex und werbeintensiv das Produkt ist. Aber dass die Rezeptentwicklung für Kaffeegetränke und Gebäck sowie der Werbeetat eines Unternehmens, das regelmäßig angibt, auf Werbung zu verzichten, sechs Prozent aller Umsätze verschlingen, klingt wenig glaubhaft.

Die Bilanzen wurden mehrfach zu spät veröffentlicht

Sechs Prozent des Umsatzes für Lizenzgebühren: Das würde bedeuten, dass allein aus Deutschland im Jahr 2011 sieben Millionen Euro Lizenzgebühren in die Niederlande transferiert wurden, legt man den jüngsten verfügbaren Jahresbericht zugrunde.

Den Transfer erledigt eine GmbH in München, die die 160 Coffeeshops in Deutschland zentral betreibt. In 2011 erzielte sie einen Umsatz von 117 Millionen Euro. Jüngere Geschäftszahlen sind nicht verfügbar, weil Starbucks für die Jahre 2012 und 2013 keine Bilanzen veröffentlicht hat. Gegen das Unternehmen ist wegen der ausstehenden Bilanz für 2012 ein Ordnungsgeldverfahren anhängig.

Für Starbucks ist das offenbar nichts Neues: Das Bundesamt für Justiz teilt auf Anfrage dieser Zeitung mit, dass die Münchner Deutschlandzentrale schon dreimal Ordnungsgelder wegen überschrittener Offenlegungsfrist zahlen musste. Die Kosten – jeweils 2.500 Euro – sind allerdings auch sehr gering. Starbucks erklärt den Verzug mit Personalwechseln.

So weit das Deutschland-Geschäft.

Aus ganz Europa flossen im vergangenen Jahr rund 90 Millionen Euro Lizenzgebühren an die Zentrale in Amsterdam. Die hat dafür in Holland gerade mal 342.000 Euro Unternehmenssteuern gezahlt, ein ähnlicher Betrag wie in den Vorjahren. Möglich macht's das niederländische Steuersystem.

Mini-Steuern in den Niederlanden

Etwa drei Viertel der Lizenzeinnahmen, die in Holland anfallen, sind steuerfrei. Für den Rest wird der reguläre Satz von 25 Prozent fällig. Macht einen effektiven Steuersatz von rund 6,25 Prozent.

Doch selbst den kann ein Unternehmen wie Starbucks drücken – ganz legal. Denn die holländische Finanzverwaltung ist gerne bereit, mit den Firmen individuell zu verhandeln. Starbucks sagt, es habe ein solches "Tax ruling" mit der niederländischen Regierung vereinbart, natürlich nennt das Unternehmen keine Zahlen. Die Steuerlast sei aber zugegebenermaßen "sehr niedrig".

Obwohl Starbucks nur so wenig Geld an den Fiskus abgeben muss, verbucht die Europazentrale in Amsterdam seit Jahren Verluste. Im vergangenen Jahr waren es vier Millionen Euro.

An den Lohnkosten für die 133 Angestellten liegt es eher nicht. Sie schlagen laut Jahresbericht mit 30 Millionen Euro zu Buche. Schon eher ein Grund ist eine Zahlung von rund 52 Millionen Euro an eine britische Holding namens Alki LLP, die die Europazentrale im vergangenen Jahr verbuchte.

Das Geld fließt an eine geheimnisvolle Limited

Man findet sie in einem Finanzbericht des Unternehmens, der bei der niederländischen Handelskammer hinterlegt ist. Eine "Limited Liability Partnership" wie Alki muss keine Geschäftszahlen veröffentlichen. Wie viele Steuern hier anfallen, lässt sich für Außenstehende nicht nachvollziehen.

Auf Anfrage teilt Starbucks mit, die Hälfte der in Amsterdam anlaufenden Lizenzzahlungen flössen an die Konzernmutter in den USA weiter. Insgesamt würden darauf Steuern von 16 Prozent fällig, teils in Holland, teils in den USA.

Man kann also spekulieren, dass es sich bei Alki um eine sogenannte "Partnerschaft für US-Steuerzwecke" handelt, die Geld nicht versteuert und es in die USA weiterleitet. Fragen dazu beantwortet Starbucks nicht. Die Sprecherin sagt nur: "Diese Information ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt."

Internationales Firmengeflecht

Obwohl Starbucks sich verschlossen gibt und man bei solchen Firmen kaum an ein Organigramm des weltweiten Firmengeflechts herankommt, kann man mithilfe des niederländischen Handelsregisters und Wirtschaftsdiensten zumindest einem Matruschka-Spiel auf die Spur kommen.

Die britische Alki LLP gehört demnach einer Starbucks-Firma namens Emerald City. Und die gehört Rain City, einer weiteren Starbucks-Firma. Emerald City hält außerdem die Hälfte der Anteile an der indischen Tata Starbucks Limited. Die Firma ist auch alleinige Gesellschafterin einer Firma im Steuerparadies Hongkong.

Warum die komplizierte Struktur? Haben diese Firmen Mitarbeiter? Gibt es sie nur aus Steuergründen? Starbucks beantwortet diese Fragen nicht. Dazu müssten vertrauliche

Firmeninformationen offengelegt werden, sagt Sprecherin Bell.

Trick 2: Goldener Kaffee aus Lausanne

Tokio, New York, Kassel: In welcher der weltweit 20.500 Starbucks-Filialen man auch einen Espresso bestellt – die Kaffeebohnen kommen aus Lausanne. So stellte es der damalige Finanzvorstand Alstead vor zwei Jahren im britischen Parlament dar.

Starbucks kauft über seine Handelsgesellschaft am Genfer See Rohkaffee ein. Von Lausanne aus wird er an die Starbucks-Röstereien in aller Welt verkauft. Man findet dort einen Bürokomplex, in dem ein paar Dutzend Mitarbeiter sitzen.

Große Summen für den Kaffee fließen also aus aller Welt auf Schweizer Konten. Geschäftszahlen muss die Schweizer Ankaufsgesellschaft nicht veröffentlichen. Der Canton de Vaud mit der Hauptstadt Lausanne wirbt mit seinen wettbewerbsfähigen Steuersätzen.

Eine Tochterfirma an einem Standort mit zurückhaltendem Fiskus ist der erste Schritt zur Steuervermeidung. Der zweite ist es, möglichst viel Geld aus anderen Ländern dorthin zu verschieben. Das machen viele Firmen.

Bei Starbucks läuft es grob zusammengefasst so: Man kauft den Kaffee über die Lausanner Firma billig ein, verkauft ihn an seine Rösterei in den Niederlanden und von dort weiter an die Filialen in Europa. Es gibt damit gleich zwei Stationen, an denen interne Verrechnungspreise anfallen.

Der Wert der Bohnen steigt im Unternehmen

Dabei wird der Kaffee wertvoller. Zwar hält das Unternehmen die Verrechnungspreise geheim, doch Präsentationsfolien, die der Konzern der Investmentbank Merrill Lynch in New York vorgelegt hat, ermöglichen eine überschlägige Schätzung.

Nimmt man an, dass – wie das Unternehmen für 2013 mitteilt – auch im Vorjahr 7000 Tonnen Kaffee aus Lausanne für die Europa-Rösterei verarbeitet wurden, dann könnte das im Einkauf ungefähr 32 Millionen Euro entsprochen haben.

Der Rösterei wiederum listet in ihrem Jahresbericht allerdings 65 Millionen Euro für den Einkauf der Bohnen vom Schweizer Schwesterunternehmen auf. Der Wert hätte sich schon verdoppelt.

Beim Weiterverkauf der gerösteten Bohnen steigt der Wert noch einmal deutlich. Die Rösterei verzeichnet 2012 einen Umsatz von 286 Millionen Euro. Der wichtige Teil der Geldvermehrung passiert demnach in Holland.

Starbucks beharrt auf früheren Aussagen, denen zufolge der Kaffee mit etwa 20 Prozent Preisaufschlag innerhalb des Unternehmens weiterverkauft werde. Nun müsste man annehmen, dass durch die von den europäischen Coffeeshops gezahlten hohen Kaffeepreise zumindest in Holland stattliche Gewinne anfallen. Tun sie aber nicht. Von den 286 Millionen Euro Umsatz im Jahr 2012 blieben gerade einmal 1,2 Millionen Euro Gewinn.

Was passiert mit all dem Umsatz? Starbucks verweist bloß auf Kosten für "Rohstoffe, kaffeebezogene Produkte und Merchandising".

Trick 3: Starbucks verleiht sich selbst Geld

Man kann mit dem Mann reden, aber man darf seinen Namen nicht erwähnen, auch seine frühere Funktion nicht. Er war Manager bei Starbucks und sagt: Die große Nummer, mit der Starbucks Geld gemacht hat, sei ein Zinstrick.

Und der gehe so: Wenn Starbucks in Filialen investieren oder neue aufbauen wolle, habe das Unternehmen sich das Geld selbst geliehen. "Nicht von einer Bank, sondern von einer ‚Starbucks-Limited'. Der Mutterkonzern unterhalte eigene Investmenttöchter, die das globale Geschäft finanzierten. Die verlangten Zinsen, die weit über dem Marktniveau lägen, zwischen 10,5 und 13 Prozent, und zögen das Kapital an Orte ab, an denen Starbucks möglichst

niedrige Steuern zahlen müsse.

Warum die Betriebsprüfer diese angeblich zu hohen Zinsen nicht beanstandet hätten? Der ehemalige europäische Starbucks-Manager sagt, das Unternehmen habe immer mit der Pleitegefahr der nationalen Töchter argumentiert. "Das ist natürlich Quatsch. Bei einem stets expandierenden internationalen Unternehmen ist die Gefahr gering."

Starbucks möchte sich dazu und zu den angeblichen Zinssätzen nicht äußern – und verweist auf seine Geschäftsberichte. Laut dem aktuellsten Jahresabschluss für 2011 zahlte die deutsche Starbucks GmbH demnach mehr als eine Million Euro Zinsen für "von einem verbundenen Unternehmen gewährten Darlehen, welche monatlich mit dem Euribor-Zinssatz plus 2,5 bis 3 Prozentpunkte verzinst werden".

Millionen fließen von Europa in die USA

Zudem weist der Geschäftsbericht Verbindlichkeiten von mehr als 30 Millionen Euro gegenüber verbundenen Unternehmen aus. Rund 28 Millionen Euro schuldet die deutsche GmbH der "Olympic Casualty Insurance Company II". Die sitzt im US-Bundesstaat Vermont.

Der Steuerrechtsprofessor Edward Kleinbard von der University of Southern California vermutet, dass Starbucks durch interne Zinszahlungen seine Bemessungsgrundlage in Großbritannien 2010 und 2011 um mehrere Millionen Pfund geschmälert hat.

So sei ein Konstrukt denkbar, in dem britische Tochterfirmen als "Unternehmen für US-Steuerzwecke" behandelt würde. Auf diese Weise könnten Zinseinnahmen der Konzernmutter steuerlich befreit werden, schreibt Kleinbard in einem Beitrag für die Fachzeitschrift "Tax Notes".

Ebenso könne es sein, dass über das sogenannte "Check-the-box-Verfahren" Verluste in Europa vom operativen Einkommen der Konzernmutter in den USA abgezogen werden könnten und so deren Steuerlast minimierten.

Vor allem beklagt der Professor, dass selbst die Steuerverwaltungen der Staaten, aus denen Gewinne verschoben werden, keinen ausreichenden Einblick in das Firmengeflecht multinationaler Unternehmen bekommen. Was man sicher sagen kann: Durch die Zinszahlungen fließen Millionen von den europäischen Starbucks-Töchtern in die USA.

Böse Giganten - armes Deutschland?

Die Regierungen klagen, tun aber nichts. Böse Giganten, armes Deutschland also? Ein ehemaliger deutscher Starbucks-Manager sagt, er könne es nicht mehr hören. Solange sich nicht einmal die EU-Staaten auf gemeinsame Regeln einigen könnten, sei doch klar, dass die Unternehmen alle legalen Möglichkeiten nutzten: "Als Deutscher finde ich das natürlich falsch. Aber wenn man im Unternehmen ist, denkt man nur an das Wohl des Gesamtkonzerns, es geht immer um den Aktienkurs."

Auch Starbucks-Konkurrent Stefan Tewes sieht die Politik in der Pflicht (Link: http://www.welt.de/127077213) . Es gebe ja nicht nur Starbucks. Es gebe all "die IT-Giganten, die hierzulande riesige Umsätze haben, aber kaum Steuern zahlen".

Ändern wird sich nur etwas, wenn alle wichtigen Staaten mitmachen. Danach sieht es nicht aus. Vor einem Jahr verpflichteten sich die G20-Staaten, 2015 gemeinsame Regeln zu beschließen, die Steuerschlupflöcher stopfen sollen.

Tatsächlich verschärft sich das Problem. Beispielsweise hat Großbritannien, das die Steuervermeidung anprangert, gerade die Möglichkeit geschaffen, Lizenzeinkünfte aus anderen Ländern auf die Insel abzuziehen. Zu einem Steuersatz von zehn Prozent.

Einige Länder wollen die Firmen nicht verlieren, die Renommee bringen und Arbeitsplätze. Also zahlen die einen Firmen hohe Steuern. Die anderen machen – wie Starbucks – Gewinne to go.

**Name geändert*

© Axel Springer SE 2014. Alle Rechte vorbehalten